Der britische Wasserversorger Thames Water ist finanziell schon länger angeschlagen. Nun aber wird es ernst, denn Ende April wird ein Kredit von 190 Millionen Pfund (umgerechnet 222 Millionen Euro) fällig. Wie die Zahlungen geleistet werden sollen, ist bislang noch unklar. Derzeit ist die Beratungsfirma Alvarez & Marsal damit betraut, mit den Gläubigern eine Lösung zu finden. Sollte es kurzfristig keinen Ausweg geben, droht gar die Verstaatlichung. Von **Thomas Trares**.

Der Fall ist deswegen von Bedeutung, weil es sich bei Thames Water um ein Vorzeigeprojekt aus Zeiten der Thatcher-Regierung handelt. Das Unternehmen ist nämlich nicht nur der Wasserversorger der Metropolregion London, sondern mit 15,5 Millionen Kunden auch das größte Unternehmen seiner Art in Großbritannien überhaupt. Zudem kann Thames Water auf eine jahrhundertealte Tradition zurückblicken. Gegründet wurde das Unternehmen schon im Jahr 1609 (damals noch unter dem Namen New River Company), um ein 68 Kilometer langes Aquädukt zur Versorgung von London zu betreiben.

Hohe Schulden und ständige Managerwechsel

Heute jedoch droht Thames Water im Chaos zu versinken. Der Schuldenstand beträgt inzwischen mehr als 18 Milliarden Pfund, ein großer Teil davon ist variabel verzinst, was in Zeiten hoher Inflation eine enorme finanzielle Belastung ist. Allein in diesem Jahr summieren sich die Fälligkeiten auf mehr als eine Milliarde Pfund. Derweil herrscht auf der Führungsetage ein ständiges Kommen und Gehen. Der seit Januar amtierende Chris Weston ist bereits der fünfte Vorstandschef in acht Jahren. Und nun haben sich auch noch die Eigentümer (im Wesentlichen angelsächsische Pensionsfonds und Staatsfonds aus China und Abu Dhabi) geweigert, dem Unternehmen mit einer Kapitalspritze unter die Arme zu greifen.

Die Probleme bei Thames Water kommen jedoch nicht von ungefähr, sondern sind das Ergebnis einer verfehlten und ideologiegetriebenen Privatisierungspolitik. Um das zu verstehen, ist es notwendig, sich die Besonderheiten des Wassermarktes einmal genauer anzuschauen. So ist die Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser ein natürliches Monopol. Das liegt daran, dass es – ähnlich wie bei der Versorgung mit Strom und Gas – schlichtweg ökonomisch ineffizient ist, mehrere Leitungsnetze parallel zu betreiben. Das heißt, derjenige, der das Netz besitzt, ist Monopolist. Er kann potenzielle Konkurrenten vom Markt fernhalten und die Preise diktieren. Deswegen wird der Bereich der leitungsgebundenen Versorgung gesondert geregelt. In Deutschland etwa befindet sich die Wasserversorgung in kommunaler Hand.

Breite Privatisierungsoffensive

England und Wales sind jedoch Ende der Achtzigerjahre einen anderen Weg gegangen. Dort hat die damalige Premierministerin Margaret Thatcher eine breite Privatisierungsoffensive angestoßen, bei der mehr als 50 öffentliche Unternehmen in private Hand übergingen, darunter sämtliche Versorger. Das Vorgehen war ideologisch motiviert. Thatcher, die den Ideen des österreichischen Ökonomen Friedrich August von Hayek anhing, verfolgte die Vision einer „property-owning democracy". Dahinter steckt die Vorstellung, dass Unternehmergeist und private Initiative grundsätzlich zu besseren Ergebnissen führen als staatliches Engagement – selbst im Bereich der leitungsgebundenen Monopole.

Bei den britischen Wasserversorgern ist heute jedoch genau das Gegenteil zu beobachten. Denn hier treten inzwischen all die negativen Begleiterscheinungen auf, die Monopolen gemeinhin zugeschrieben werden – hohe Preise, eine schlechte Produktqualität, geringe Investitionen sowie eine Selbstbedienungsmentalität bei Managern und Eigentümern. Ablesen lässt sich dies unter anderem am schlechten Zustand der Infrastruktur, die zusehends auf Verschleiß gefahren wird. Im vergangenen Jahr etwa hat die nationale Umweltbehörde mehr als 300.000 Vorfälle festgestellt, bei denen Millionen Liter Dreckwasser in Flüsse, Seen und an die Küste geleitet wurden. Der Branchenverband Water UK musste sich sogar für die Verschmutzung von Flüssen und Stränden entschuldigen.

Magenerkrankungen nach Ruderregatta

Wie sich so etwas konkret anfühlt, durften Ende März die Teilnehmer einer traditionellen Ruderregatta erfahren, die zwischen den Teams der Universitäten Oxford und Cambridge auf der Themse stattfand. Medienberichten zufolge haben sich dabei drei Mitglieder der Mannschaft aus Oxford bereits während der Trainingsrunden schwere Magenerkrankungen zugezogen. Die Ursache habe man zwar nicht klar zuordnen können, die Mannschaft aus Oxford äußerte jedoch den Verdacht, dass das Wasser der Themse dafür verantwortlich war. So sei der Fluss stark mit Abwasser verseucht gewesen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Rennens mussten durch menschliche Exkremente und Toilettenpapier rudern, hieß es.

Neben der minderen Produktqualität ist bei den Versorgern auch noch eine Erosion der finanziellen Basis zu beobachten. Gewinne werden nämlich oftmals nicht reinvestiert, sondern an die Aktionäre ausgeschüttet. Meist handelt es sich dabei um Finanzinvestoren, für die natürliche Monopole ein lukratives Investment sind, da diese stetige und stabile Renditen versprechen. So haben die britischen Wasserversorger, die bei ihrer Privatisierung 1989 schuldenfrei starteten, inzwischen Verbindlichkeiten von 60 Milliarden Pfund angehäuft und zugleich Dividenden von 72 Milliarden Pfund ausgeschüttet.

Macquarie verdient sich goldene Nase

Eine Adresse, die sich dabei eine goldene Nase verdient hat, ist die australische Gruppe Macquarie, die auch bei Thames Water aktiv war. Die auf Infrastruktur spezialisierte Investmentbank hatte den Londoner Versorger im Jahr 2006 dem deutschen Energiekonzern RWE abgekauft und 2017 an Investoren aus Kanada und Kuwait weiterveräußert. In dieser Zeit schüttete Thames Water an seine Anteilseigner insgesamt 2,7 Milliarden Pfund aus, während sich die Schulden auf fast elf Milliarden Pfund verdreifachten. Die im vergangenen Jahr zurückgetretene Thames-Water-Chefin Sarah Bentley sprach mit Blick auf die Zeit unter Macquarie von „Jahren der Unterinvestition und der schlechten Entscheidungsfindung, die kritische Fähigkeiten (des Unternehmens) ausgehöhlt“ hätten.

Wie es nun bei Thames Water weitergeht, ist noch unklar. Derzeit jedenfalls blockieren sich die verschiedenen Interessengruppen gegenseitig. Während die Regierung wohl aus Prestigegründen versucht, eine Verstaatlichung zu verhindern, weigern sich die Eigentümer, Gelder von rund 500 Millionen Pfund freizugeben. Zudem pochen sie weiter auf ihre Dividenden. Das Management dagegen will Preiserhöhungen von bis zu 40 Prozent durchsetzen und die Aufsicht zu einer Begrenzung der Geldstrafen bewegen, die den britischen Wasserversorgern wegen zahlreicher Leckagen auferlegt wurden. Eine ganz andere Meinung haben dagegen die Briten selbst. Umfragen zufolge würden rund zwei Drittel eine erneute Verstaatlichung der Wasserversorger befürworten.

Titelbild: JessicaGirvan/shutterstock.com